Montag, 28. August 1922 • 51. Jahrgang. Abend-Ausgabe Einzelnummer 3 M.

Berliner Tageblatt

Nr. 384 und Handels-Zeitung

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Einladung deutscher Vertreter nach Paris.

Entscheidung der Reparationskommission Mitte der Woche.

Unverminderter Fortbestehen der Gegensätze. — Ein neuer Kompromißvorschlag des „Temps".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 28. August.

Die Reparationskommission, die gestern zu einer neuen Sitzung zusammengetreten ist, hat sich in mehr als zweitägiger Sitzung davon überzeugen müssen, daß in der Frage der Bewilligung des Moratoriums die Gegensätze noch unvermindert fortbestehen. Während die französischen Delegierten die Ablehnung jedes Zahlungsaufschubes mit der Weigerung der deutschen Regierung begründen, die von Frankreich geforderten Pfänder zur Verfügung zu stellen, soll nach „Echo de Paris" **Bradbury das letzte deutsche Angebot für befriedigend erklärt haben.** Trotzdem scheint man in den Beiseisen der Kommission, die es unter allen Umständen vermeiden wollen, sich für England oder Frankreich zu entscheiden, die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben zu haben, doch noch eine Ausgleichsformel zu finden, die es ermöglichen würde, alle Stimmen auf sich zu vereinigen. Ein Kommuniqué der Reparationskommission läßt durchblicken, daß die Kommission spätestens am Mittwoch oder Donnerstag eine Entscheidung zu treffen hofft. Der von der Kommission gefaßte Beschluß gemäß Artikel 234 des Friedensvertrages, noch- als Vertreter der deutschen Regierung zu hören, wird von der Mehrzahl der Blätter als Vorwand aufgefaßt, um nochmals Zeit zu gewinnen. In welcher Richtung Kompromisse gefunden werden sollen, darüber sind die verschiedensten Versionen im Umlauf. Der „Matin" schreibt, es sei findisch, zu glauben, daß die Reparationskommission lediglich, um den Deutschen Gelegenheit zu geben, ihre längst bekannten Argumente nochmals zu entwickeln, eine so folgenschwere Entscheidung hinausgezögert und so die Panik noch mehr vergrößert habe. Immerhin sei der Zweck lobenswert. Die Kommission habe um jeden Preis eine Majorisierung des einen der beiden Teile vermeiden. Nach der gestrigen Aussprache sei kein Zweifel mehr möglich, daß weder für die Ablehnung des Moratoriums noch für seine Bewilligung zu den von Poincaré geforderten Bedingungen Einstimmigkeit vorhanden sei. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß sich von belgischer Seite ein Weg zu einer Transaktion finden lasse und zwar im Sinne des bereits gemachten Angebots, das Deutschland gestatte, die nächsten Raten statt in bar, in Sechsmonatsakzepten zu bezahlen. Der belgische Ministerpräsident, der gestern telephonisch angerufen worden sei, habe für heute einen neuen Vorschlag in dieser Richtung in Aussicht gestellt. Nach dem gleichen Blatt soll Bradbury gestern der Reparationskommission mitgeteilt haben, Deutschland habe sich im Verlaufe der Berliner Besprechungen bereit erklärt, als Gegenleistung für das Moratorium seine Finanzgestaltung einer im Auftrag der erwähnten handelnden Kommission von Sachverständigen zu unterwerfen, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß ihre Mitglieder nicht den Ländern angehören dürfen, die in der Kommission vertreten sind. In Berlin habe man erklärt, einer amerikanischen Kommission den Vorzug zu geben. Deutschland sei bereit, sich der Entscheidung der Kommission zu unterwerfen, vorausgesetzt, daß diese alle Garantien für Objektivität und Unparteilichkeit biete. Das Blatt meint, bei aller Anerkennung des guten Willens der Amerikaner sei dieser Vorschlag für Frankreich doch unannehmbar, da es sich unmöglich der Entscheidung der Amerikaner überlassen könne. Der letzte deutsche Vorschlag, durch eine Kollektivgarantie der betreffenden Industrien die Lieferungen von Holz und Kohlen sicherzustellen, wird von dem überwiegenden Teil der französischen Presse als undiskutabel abgelehnt mit der Begründung, daß es sich gegenwärtig nicht um die deutschen Sachlieferungen handle, sondern um die Barzahlungen, für die Deutschland ein Moratorium nachgesucht habe und die durch solide Pfänder sichergestellt werden müßten. Auch der „Temps", der zwar das deutsche Kompromiß interessant findet, macht sich diese Argumentation zu eigen. Er fügt hinzu, es sei ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung diesen Vorschlag durch eine Stelle im Gutachten der französischen Sachverständigen auf der Londoner Konferenz veranlaßt worden sei. Es sei zwar nicht bekannt, durch wen die deutsche Regierung zur Kenntnis dieses Gutachtens gelangt sei. Jedenfalls habe aber die betreffende Stelle keineswegs die Bedeutung, die ihr in Deutschland offenbar beigemessen habe. Vor Tisch und Bett sei es allerdings anders. Als in London die französischen Forderungen nach Beschlagnahme der Gruben und Forsten auf dem linken Rheinufer und dem Ruhrgebiet zur Diskussion standen, hätten die englischen Sachverständigen den Beweis erbrachten, daß die Pfänder keineswegs den von Frankreich angestrebten Effekt hätten. Es traten ihnen die französischen Experten mit dem Argument entgegen, man habe diese Forderungen gestellt, um ein Pfand zur Sicherung der Holzkohlenlieferungen zu haben. Heute, da diese französischen Forderungen von der deutschen Regierung in anderer Weise erfüllt sind, versucht man, in Paris naturgemäß das von den französischen Sachverständigen geltend gemachte Argument in den Hintergrund zu schieben, daß die staatlichen Gruben und Forsten eine Position in der Gesamtheit der aktiven Werte bilden sollten, die die französischen Regierung zur Verfügung der Alliierten gestellt haben müssen, für den Fall, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen vermöchte. Damit ist bewiesen, daß die verlangten Pfänder von Anfang an nicht Mittel zum Zweck der Sicherung der deutschen Reparationsleistungen, sondern Selbstzweck gewesen

Der „Temps", der nach wie vor ein Moratorium ohne die von Frankreich geforderten Pfänder für unannehmbar erklärt, glaubt heute ein Kompromiß gefunden zu haben, das die Frage eines Moratoriums ausschalten könne. Die nicht gewöhnliche Versicherung, daß es sich bei diesem Vorschlage um eine rein redaktionelle Arbeit handele, läßt der Vermutung Raum, daß in Wirklichkeit die französische Regierung vielleicht nicht ganz unbeteiligt dabei gewesen ist. Der Vorschlag geht dahin, Deutschland solle bei der Bank von England oder bei einer anderen ausländischen Bank die vom 15. August bis zum Zusammentritt der für den Herbst in Aussicht genommenen neuen Reparationskonferenz fälligen Zahlungen also je 50 Millionen Goldmark für August, September und Oktober und eventuell falls der Zusammentritt der Konferenz hinausgeschoben werden sollte, weitere 50 Millionen Mark für November in Gold hinterlegen. Auf Grund dieser Depots solle die betreffende Bank der belgischen Regierung, die den ausschließlichen Anspruch auf die deutschen Zahlungen habe, einen Kredit einräumen, über den Belgien je nach Bedarf verfügen kann. Dieser Weg, so meint der „Temps" sei für Deutschland um so unbedenklicher, da es ja bereits bei früheren Gelegenheiten ein Depot von 50 Millionen Goldmark bei der Bank von England hinterlegt habe. Wenn die Konferenz im Herbst zu einer Gesamtregelung des Reparationsproblems gelange, dann werde sie auch über das endgültige Schicksal des von Deutschland hinterlegten Goldes eine Bestimmung treffen, die den Interessen aller Beteiligten gerecht werde; wenn nicht, dann müsse das Gold allerdings der Bank zugesprochen werden, die die Kredite zur Verfügung gestellt habe.

Der heutigen Besprechung der Reparationskommission hat auch ein amerikanischer Vertreter offiziös beigewohnt. Wie der „Temps" meldet, finden am Montag, Dienstag und Mittwoch weitere offiziöse Besprechungen der Reparationskommission statt, um zu einem Uebereinkommen zu gelangen.

* * *

Dollar: 1450.

Rückschlag am Devisenmarkte.

Im Zusammenhang mit der Meldung, daß deutsche Vertreter nach Paris zur Verhandlung mit der Reparationskommission berufen worden sind, und daß eine Vertagung der Sitzung der Reparationskommission geplant ist, begann der Dollarkurs, der bereits am Sonnabend nachmittag sich abgeschwächt hatte, weiter stärker abzubröckeln. Er setzte heute morgen mit 1650 ein und gab dann weiter **gegen ½2 Uhr nachmittags auf 1450 nach.** In Uebereinstimmung mit der Abschwächung der Devisenkurse gingen auch die Effektenkurse zurück.

Entsendung des Staatssekretärs Schröder nach Paris.

Die Besprechungen der Reichsminister über die Einladung der Reparationskommission.

Heute vormittag um 10 Uhr traten die für das Reparationsproblem zuständigen Reichsminister zu einer Chefbesprechung über die offizielle Einladung der Reparationskommission zusammen. In dieser Sitzung wurde beschlossen, der Reparationskommission mitzuteilen, daß die deutsche Regierung die Einladung der Kommission annehme und in der Sitzung der Reparationskommission am Mittwoch durch deutsche Vertreter den Standpunkt und die Vorschläge der Reichsregierung in der Reparationsfrage darlegen werde. Als deutscher Delegierter wurde Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium bestimmt, dem mehrere Referenten der anderen zuständigen Ressorts, insbesondere des Wirtschafts- und des Wiederaufbauministeriums, beigegeben werden. Die deutsche Delegation wird wahrscheinlich noch heute abend nach Paris abreisen.

Was die deutschen Vorschläge betrifft, so ist das Memorandum der Reichsregierung, in dem diese Pläne formuliert sind, entgegen anderen Meldungen noch nicht nach Paris abgegangen. Das Memorandum, dessen Fertigstellung aus technischen Gründen bis zur Abreise der Delegierten noch nicht möglich ist, wird wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages der Delegation nachgesandt werden. Die Vertretung der deutschen Vorschläge in der Sitzung mit der Reparationskommission erfolgt durch Staatssekretär Schröder.

*

Wie wir weiter hören, ist es möglich, daß Staatssekretär Bergmann sich gleichfalls, jedoch in privater Eigenschaft, nach Paris begeben wird.

*

In amtlichen Kreisen wird die Einladung der Reparationskommission, deutsche Vertreter zur Fortsetzung der in Berlin unterbrochenen Besprechungen nach Paris zu entsenden, vorläufig mit Zurückhaltung beurteilt. Wir hatten bereits im Freitag-Abendblatt mitgeteilt, daß mit der Fortsetzung der Verhandlungen in Paris zu rechnen sei. So kam denn auch die gestrige Einladung der Reparationskommission nicht überraschend. Die Entsendung des Staatssekretärs Schröder nach Paris dürfte, wie man annimmt, zu einer baldigen Entscheidung führen, die aber kaum vor Mitte der Woche fallen dürfte. Die ausführliche Ausarbeitung des letzten deutschen Vorschlags wird, wenn irgend möglich, dem Staatssekretär Schröder nach Paris mitgegeben werden, so daß dann die Besprechungen dort sofort auf einer realen Grundlage aufgenommen werden können.

T. W. Die von der Reparationskommission hierher gerichtete Aufforderung beweist jedenfalls, daß man den deutschen Vorschlag nicht einfach unter den Tisch geworfen hat, sondern darüber noch mit den Vertretern der deutschen Regierung sprechen will. Wir hatten am Freitag schon angekündigt: „Wahrscheinlich Fortsetzung der Verhandlungen in Paris." Es besteht also eine Möglichkeit, wenn auch leiteide noch keine Sicherheit, daß man im Schoße der Kommission zu einer Einigung gelangen, das Moratorium ohne Verpfändungssystem bewilligen, sich und uns wenigstens den Weg zur nächsten Konferenz freihalten wird. Niemand kann voraussagen, was Lloyd George tun würde, wenn Poincaré — der mit all seinen Schachzügen auch das Ziel verfolgt, England zum Verzicht auf die These der Balfour-Note, zur Streichung der französischen Kriegsschuld zu drängen — entschlossen sein sollte, aus einem Scheitern der Moratoriumssache die imperialistischen Konsequenzen zu ziehen. Lloyd George hat auf die Gefahr hin, daß die Bundesfreundschaft einigen Schaden erleiden könnte, die Londoner Konferenz auseinandergehen lassen, weil Poincaré auf der Wald- und Grubenforderung bestand. Würde er sich nur ein müdes Achselzucken oder eine Protestrede abringen, sich mit melancholischer Geste in die Rolle der ungehörten Kassandra flüchten, wenn Poincaré sich anschicken würde, mit Gewalt in den Besitz dieser und anderer Pfänder zu gelangen? Die nächsten Tage können nicht nur entscheidende Beschlüsse, sondern auch manchen entscheidenden Aufschluß bringen. In jedem Falle bleibt die Auslieferung der „produktiven Pfänder" unmöglich, und man muß diejenigen Franzosen, die durch eine Taktik der Zermürbung eine direkte Verständigung mit Deutschland herbeizuführen mähnen, eindringlich darauf aufmerksam machen, daß sie gerade dadurch jede Grundlage wirtschaftlichen Zusammenarbeitens zerstören würden und in einem psychologischen Irrtum befangen sind. Der Reichskanzler Dr. Wirth, der ohne Ferienpause, in Aufregungen, Tumulten, Konflikten und allen Krisen, mit Arbeit überhäuft und immer an zehn Aufgaben gleichzeitig gebunden, auf dem Nagelbrett des Amtes ausharrt, dürfte so denken, und Herr Hermes, dem manchmal die französischen Blätter andere Meinungen zuschieben, denkt gleichfalls so. Vorteilhaft für die Ueberwindung dieser Situation und der vielleicht kommenden Situationen wäre es gewesen, wenn man bereits das erweiterte Kabinett gebildet hätte, das, vorläufig nur Entwurf und Nebelgebilde, von Stresemann bis zu Hilferding sich runden soll. Würde es sich, da dieses Kabinett dem Urbrei noch entstiegen ist, nicht empfehlen, den im Stillen oft erörterten Posten eines ständigen Staatssekretärs im Auswärtigen Amte zu schaffen, damit der Reichskanzler, ohne die Fühlung mit dem Aeußeren zu verlieren, den Blick noch freier auf das Innere richten kann? Ist es möglich, neben dem Wichtigsten, den großen Linien, auch alle einzelnen Zeichen am Horizont ruhig zu studieren, wenn alle fünf Minuten eine deutsche Sorge an die Zimmertür pocht?

Die inneren Sorgen, die sich aus den äußeren ergeben, pochen lauter als jemals, seit mit dem rasenden Absturz der Mark die wilde Jagd der Preise kam. In den Pessimismus, gegen den Keynes in seiner Hamburger Rede sich wandte, mischt sich die bittere Ueberzeugung, daß das so ungeheuer widerstandsfähige deutsche Volk in dieser Krisis sich nicht nur gegen Unvernunft und hochmütige Ansprüche seiner Gegner zu wehren hat. Deutschland würde jede Sturmfahrt überdauern können, wenn seine Bevölkerung sich nicht gegenseitig auffressen wollte, bevor der Ruf „Land! Land!" ertönt. Leider wird das Wörtchen „Pflicht" von sehr vielen im Munde geführt und von sehr wenigen befolgt. Einer klagt immer den anderen an und die Neigung, sich selbst zu bessern, ist sehr gering. Es ist ein Flagellantenzug, in dem niemand mit der Geißel den eigenen Rücken treffen will. Deutschnationale Journalisten suchen in all den von ihnen reichlich mitgeschaffenen und gesteigerten Volksnöten nur eine Gelegenheit, das Regime anzuklagen, und ermahnen, nachdem sie auf zwei Spalten die Dinge auf den Kopf gestellt und die Leidenschaften erregt haben, pathetisch zur Einigkeit. Linksradikale Polemisten, die sich mit Vorliebe auf abgelegte Uniformen stürzen, vergessen, daß auch auf der anderen Seite Menschen wohnen, die anständig leiden und jeder Achtung würdig sind. Landwirte und Bauern schimpfen restlos auf die neue Zeit und die heutigen Zustände, vergrößern dabei in nie dagewesenem Maße ihren Besitz, und haben alles im Topfe, was den Städter fehlt. Linksbürgerliche ebensosehr wie rechtsbürgerliche Wirtschaftspolitiker haben in dem Wunsche, die Freiheit des Handels zu schützen, auch die Zügellosigkeiten des Handels gedeckt. Die Erzeuger und Wiederverkäufer schrauben unter dem Vorwande, daß man schon dem nächsten Stadium der Preislage sich angleichen müsse, bei jedem Marksturz die Preise dreifach mehr als nötig in die Höhe, sammeln den Profit und schelten den Arbeiter, der durch starres Festhalten am Achtstundentag eine Steigerung der Produktion unmöglich macht. Die Arbeiter, oder doch die Gewerkschaften — denn mancher einzelne würde sich überzeugen lassen — denken nur an den Gewinn, der in die Taschen der Kapitalisten fließen würde, und wollen nicht einsehen, daß wirklich nur durch eine Vermehrung der Leistungen die Ausfuhrziffer erhöht, das wirtschaftliche Gleichgewicht hergestellt und damit auch ihnen selbst geholfen werden kann. Jeder sucht sich nur einen Platz in der Arche zu sichern, in der er persönlich die Sintflut zu überstehen hofft. Wenn sie allesamt etwas mehr auf dem Altar des Gemeinwohles opfern würden, so würde die Sintflut gar nicht kommen.

Um die Volksnot zu mindern und Mißbräuche einzudämmen, hat die Reichsregierung einige vernünftige Maßregeln verfügt. Wir hoffen sehr auf eine Erweiterung dieser Liste und wir würden die Ernennung eines Wirtschaftsdiktators wünschen, wenn man nicht wüßte, daß die Sterne nicht zu haben sind und nur die Kometen übrig bleiben, die schnell in das Nichts eines Bureaus verschwinden, und